

Svenja Blanke / Yesko Quiroga

Das demokratische Brodeln in Brasilien

Hunderttausende marschierten im Juni in Brasiliens Großstädten. Die massenhaften landesweiten Proteste, brennende Autos und knüppelnde Polizisten katapultierten das Land in die internationalen Medien. Ein großer Teil der Analysen machte eine allgemeine Unzufriedenheit mit einer fern von den Realitäten regierenden, sich selbstbereichernden Politikerriege, die Inflation und eine schlechte Wirtschaftslage, soziale Missstände sowie die Korruption als Gründe hierfür aus. Die hohen Kosten für die anstehenden Sportgroßereignisse führen zudem dazu, dass sich ein Volk gegen die Fifa erhebt. Die Proteste könnten eine Staatskrise hervorrufen. Die Proteste in der Türkei und der Mauerfall mussten als Vergleich herhalten, sogar von einem tropischen oder brasilianischen Frühling war die Rede. Handelt es sich hier eigentlich noch um dasselbe Land, das noch vor kurzem mit positiven Schlagzeilen auf sich aufmerksam gemacht hat: sechstgrößte Wirtschaft der Welt, Erfolgsmodell der Armutreduzierung und des Aufbaus einer »neuen Mittelschicht«, ruhige, stabile und liberale Demokratie, Pionier des Einsatzes nicht-fossiler Energieträger in Lateinamerika, geopolitische Supermacht des globalen Südens, die ihrer Stimme ohne hegemoniale Ansprüche Gehör verschafft hat.

Ja, es ist dasselbe Land. Die Fundamente dieser Erfolge sind nicht brüchig, sondern werden stärker. Der Protest auf der Straße ist Zeichen und Resultat des demokratischen und sozialen Fortschritts. Die Post-Militärdiktatur-Generation Brasiliens, wie auch die Argentinien, Uruguays oder Chiles, kennt als politisches System nur die Demokratie. Brasilien gilt unter Sozialwissenschaftlern als solide Demokratie, die aber, trotz enormer Fortschritte in der letzten Dekade, weiterhin

von einer Realität ungleicher Bürgerrechte, von ungleichen Ausgangsbedingungen und außerordentlichen sozialen Problemen geprägt ist. Im Vergleich zur Occupy-Bewegung oder zu den Straßenprotesten in Spanien oder Griechenland geht es in Brasilien nicht um soziale Auswirkungen einer finanz-wirtschaftlichen Schiefelage. Auch handelt es sich nicht um Proteste, die sich gegen eine disqualifizierte autoritäre Regierung richten und versuchen einen »tropischen« Frühling einzuläuten. Im Gegenteil haben die drei Regierungen unter PT-Präsidentschaft gerade im sozioökonomischen Bereich eine erstaunliche Bilanz vorzuweisen.

Brasilien erlebte, nachdem es 1985 nach einer über 20-jährigen Diktatur zur Demokratie zurückgekehrt war, bis Mitte der 90er Jahre zwei hyperinflationäre Prozesse und brachte erst zum Ende des Jahrhunderts eine praktisch 20-jährige Schuldenkrise unter Kontrolle. 2003 übernahm die erste PT-Regierung ein makroökonomisch stabilisiertes Land mit desaströsen Sozialindikatoren. 15 % der Bevölkerung befanden sich in absoluter Armut, weitere 35 % waren arm. Die Präsidenten Lula und Rousseff traten mit dem expliziten Ziel an, die Menschen massiv aus der Armut zu holen. Mit ihrer Mindestlohnpolitik, realen Lohnzuwächsen sowie der Formalisierung von Arbeitsplätzen und damit verbunden dem Recht auf Rente, Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurden klassische sozialdemokratische Politiken eines Sozialstaats umgesetzt. Mit Sozialhilfeleistungen wurden rasch weitere Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erzielt. Die hierdurch geschaffene Nachfrage trieb bei gleichzeitig vorteilhaften internationalen Rahmenbedingungen die Wirtschaft an. Seit 2003 wurden 18 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Mit

Sozialhilfeleistungen wurden rasch weitere Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erzielt. Doch immer noch ist viel zu tun. Schätzungsweise 40 Millionen Menschen schafften zwischen 2003 und 2011 den Sprung in die sogenannte »neue Mittelschicht«, die heute mit 58 % der Bevölkerung die größte soziale Gruppe in Brasilien darstellt. Dabei handelt es sich jedoch in erster Linie um eine neue Arbeiter- und Angestelltenschicht, die der statistisch definierten Armut zwar entkommen ist, die aber oftmals in prekären Verhältnissen lebt. 63 % der Beschäftigten werden mit nur bis zu zwei Monatslöhnen pro Jahr (jeweils ca. 250 Euro) vergütet (2011) und 64 % der Arbeitsverträge (2009) werden nach weniger als einem Jahr auch wieder gekündigt. Trotzdem hat sich Brasiliens Einkommensverteilung sichtbar verbessert und auch die Lohnquote, die sich bis 2003 stetig verringert hatte, ist wieder auf ihren Stand von 1990 zurückgekehrt. Es wurde viel erreicht, doch immer noch ist viel zu tun, denn Brasilien ist weiterhin durch Armut und eine hohe Konzentration von Reichtum charakterisiert.

Aufgrund der grundsätzlich positiven gesellschaftlichen Veränderungen hatte niemand mit massiven Protesten und Demonstrationen gerechnet. Anfang Juni wurden in São Paulo und Rio de Janeiro die Bus- und Metrotarife erhöht, der Auftakt zu bevorstehenden Erhöhungen in den meisten Städten des Landes. Wie bereits mehrmals seit 2005 rief die kleine Sozialbewegung MPL (Movimento Passe Livre) zu Protesten auf. Ziel ist die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs. Eine Woche nach den ersten zahlenmäßig noch überschaubaren Protesten, kam es zu einer unerwarteten Wende. Die Brutalität der Polizeieinsätze in São Paulo und in Rio de Janeiro traf nun auch Unbeteiligte und Journalisten. Am selben Tag schwenkte die Berichterstattung um, die allgemeine Empörung über das aggressive Vorgehen der Polizei steigerte sich und die

Legitimität des Anliegens gelangte in den Vordergrund. Immer mehr Menschen schlossen sich der Bewegung an und lösten eine Protestlawine aus, wie sie bis dato in der jüngeren brasilianischen Geschichte eher unbekannt war. Die Demonstranten waren vornehmlich jung, urban und gebildet. Neben der Kritik an den Fahrpreisen wurde bald auch gegen den maroden Zustand des Gesundheits- und Bildungssystems, gegen die Korruption und die hohen Steuern und gegen die Megaprojekte protestiert. An Motiven mangelt es nicht in Brasilien. Im Gegensatz zu Protesten in Venezuela oder Argentinien, wo die Gesellschaften tief polarisiert sind und sich in der Regel gegen oder für die Regierung formieren, wendeten sich die brasilianischen Demonstranten zwar auch, aber nicht speziell gegen die ihre Regierung.

Gerade weil die jüngeren Bürger Brasiliens in der Demokratie aufgewachsen sind, kritisieren sie eine Politikergeneration, die nun schon lange am Ruder ist. Es sind die von diesen Reformregierungen generierten gesellschaftlichen Veränderungen, die den Stimmungsumschwung begründen. Der Erfolg sozialer Mobilität produziert neue Forderungen. So wird es nach einer Dekade des Fortschritts bei der Armutsbekämpfung und der Schaffung von Konsumenten in der Zukunft verstärkt um die Forderungen nach Qualität und Umfang sozialer Dienstleistungen gehen. Eine zweite Welle der Debatte um soziale Gerechtigkeit steht an. Es wird um das Steuersystem, um die Verwendung des Steueraufkommens, um das Rentensystem sowie um die Abschaffung von Privilegien, also um neue staatliche Regulierungen gehen müssen. Zudem werden die Forderungen nach einer Ausweitung und Vertiefung partizipativer Elemente der Demokratie sowie der Transparenz auf allen Ebenen zunehmen.

Die PT steht im Zentrum der Kritik, da sie seit über einem Jahrzehnt die Regierungsgeschäfte führt und damit symbo-

lich für die politische Klasse steht. Die PT hat Erwartungen verschiedener Schichten geweckt und zum Teil auch wieder enttäuschen müssen.

Die Demonstrationen richten sich aber ebenso gegen andere politische Formationen auf Länder- oder Parlamentsebene, d.h. gegen die gesamte politische Klasse. Dennoch handelt es sich nicht um Proteste gegen das System, sondern eher um Proteste gegen einzelne empfindliche Punkte, die alle eins gemeinsam haben: Sie fordern ein Mehr an Grundrechten in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Justiz und Bewegungsfreiheit, die der Staat nicht ausreichend und qualitativ hochwertig bereitstellt.

Vielleicht beschleunigen die Proteste eine Demokratisierung der Demokratie. Wie in vielen anderen westlichen Ländern auch konzentriert sich in Brasilien Demokratie auf die Stimmabgabe am Wahltag. Es gibt zwar neuere partizipative Modelle, die gerade die Kommunikation zwischen Bevölkerung und institutioneller Politik verbessern sollen. Doch diese sogenannten nationalen Konferenzen, die als innovative Form der politischen Beteiligung und Einflussnahme der Bürger gelten, scheinen nicht auszureichen, um neue bzw. unerfüllte Hoffnungen zu bedienen.

Auch wenn die PT als einzige Partei in Brasilien in der Lage sein mag, eine politische Position zu beziehen, die über das Tagesgeschäft hinausgeht, findet die gesellschaftliche Dynamik andernorts statt. Der Austausch im virtuellen Raum hat sich zu einer »Gegenmacht« zu den klassischen repräsentativen Elementen entwickelt. Während der Studentenproteste in Chile 2011 machte dieser Slogan die Runde: »el pueblo unido avanza sin partido«

(das vereinte Volk kommt ohne Partei – am besten – weiter). Die Parteien als Transmissionsriemen von sozialen Protesten und politischen Forderungen reichen nicht mehr aus, überflüssig sind sie aber nicht. Die PT hat sich in den zehn Jahren Regierungszeit zu einer größeren »Volks«partei mit breiter Wählerbasis, vor allem in den unteren Schichten, entwickelt, doch neue kreative Impulse etwa zur Weiterentwicklung von Teilhabemöglichkeiten ergeben sich hierdurch nicht automatisch. Vielleicht sind die traditionellen Parteien zu bürokratisch und unfähig, die neuen Formen von Politik zu begreifen, wie der spanische Soziologe Manuel Castells anmerkte. Auch Lula sieht die Gefahr einer alternden Linken in Lateinamerika und mahnt an, den Kontakt zur Bevölkerung nicht zu verlieren. Wo das geschieht, helfen die dezentralen Räume wie soziale Medien oder Straßenproteste die traditionelle Politik deliberativ zu erneuern.

Demokratisierung der Demokratie

Die Proteste können als Taufe eines protestierenden sozial aufsteigenden Teils der Gesellschaft Brasiliens verstanden werden. Die Gesellschaften Lateinamerikas fordern heute auf der Basis ihrer Wahl-demokratien »mehr« von ihrer Demokratie. Sie fordern ein Mehr an Beteiligung und Rechten und ein Mehr an Qualität der Politik. Brasiliens Proteste sind das demokratische Brodeln, das sich mit den gemachten Fortschritten nicht zufriedengibt. Die spontanen und massiven Meinungsäußerungen sind Warnzeichen, die eine Demokratisierung der Demokratie anmahnen – wie sich das auch viele in der verwalteten Demokratie Deutschlands wünschen.



Svenja Blanke

(* 1971) ist Herausgeberin der Zeitschrift *Nueva Sociedad* (Buenos Aires) und langjährige Auslandsmitarbeiterin der FES.

sblanke@nuso.org



Yesko Quiroga

(*1960) ist Politikwissenschaftler und ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in São Paulo.

yesko.quiroga@fes.org.br